

# Einfach frei

Wie ein völlig anderes ökonomisches Modell unsere Gesellschaft von Grund auf erneuern könnte

**ein Artikel von Oliver Janich aus Zeitgeist, Ausgabe 31, 15. Jahrgang 2012**

Stellen Sie sich vor, Sie gehen in den Supermarkt, um eine Flasche Mineralwasser zu kaufen und die Verkäuferin verlangt 20 Euro. Sie würden ihr den Vogel zeigen und einen anderen Laden aufsuchen. Nun stellen Sie sich vor, Sie sind seit Tagen in der Wüste unterwegs und kurz vorm Verdursten. Hinter der nächsten Düne steht ein Beduine und bietet Ihnen eine Flasche Wasser an. Wie viel würden Sie bezahlen? Vermutlich gäben Sie Ihr ganzes Vermögen hin, wenn Sie sicher wären, damit bis zur nächsten Oase zu kommen.

In diesem Gleichnis steckt die gesamte Essenz der Österreichischen Schule der Nationalökonomie. Deren Vertreter gehen davon aus, dass ein Produkt keinen objektiven Wert hat, sondern dass der immer im Auge des Betrachters liegt. Soweit kann das jeder bei sich selbst überprüfen, es bedarf eigentlich keiner großen Erläuterung. Aber daraus ergeben sich eine ganze Reihe von Folgen, die so ziemlich allem widersprechen, was heutzutage an Hochschulen gelehrt und von „führenden“ Ökonomen verbreitet wird.

Jetzt, in der Finanzkrise, erlebt die auch „Wiener Schule“ genannte Philosophie eine Renaissance. Denn ihre Vertreter waren die Einzigen, welche sowohl die aktuelle als auch die 1929er-Finanzkrise vorausgesehen und eine logische Erklärung für deren Entstehung parat hatten. Als Begründer gilt Carl Menger (1840–1921), ein Wirtschaftsprofessor der Universität Wien, der, wie im Eingangsbeispiel erläutert, erkannte, dass der wirtschaftliche Wert eines Gutes nicht objektiv messbar ist, also den Waren keineswegs als inhärenter Bestandteil anhaftet, sondern alleine dem menschlichen Gehirn entspringt.

Der Ökonom Eugen Böhm von Bawerk (1851–1914) ergänzte Mengers Lehre durch die ebenfalls subjektivistische Kapitaltheorie, welche die Entstehung des Zinses erklärt: Der Zins ist der Preis dafür, dass derjenige, der Geld verleiht, auf gegenwärtigen Konsum verzichtet. Und dieser Zins hängt wiederum von den ganz persönlichen Einschätzungen des Einzelnen ab. Hier kommt der Wirtschaftswissenschaftler Ludwig von Mises (1881–1973) ins Spiel, der bereits 1912, also ein Jahr vor Gründung der amerikanischen Notenbank FED, in dem Werk „Theorie des Geldes und der Umlaufmittel“ erklärte, warum ein staatliches Geldmonopol scheitern muss. Friedrich August von Hayek (1899–1992), Ökonom und Sozialphilosoph, präziserte von Mises' Theorie und erhielt dafür 1974 schließlich den Wirtschaftsnobelpreis.

Letztendlich geht es darum: Da der Wert eines Gutes stets subjektiv ist, kann eine zentrale Planstelle den richtigen Preis dafür nicht ermitteln. Andernfalls, so Hayek, handle es sich um eine gefährliche „Anmaßung von Wissen“, das ein Bürokrat oder Politiker gar nicht haben könne, denn dann müsste er für jeden einzelnen Tag und Bürger dessen Bedürfnisse und finanzielle Möglichkeiten kennen. Das aber ist unmöglich. Informationen sind immer ungleich verteilt, Ökonomen sprechen von Informationsasymmetrie. Sie führt dazu, dass Daten einer zentralen Planstelle nicht effizient genutzt werden können (Informationsineffizienz).

Heute erlässt die – nicht demokratisch gewählte – EU-Kommission bereits Gesetze für 500 Millionen Bürger (vgl. auch zeitgeist-Ausgabe 30). Jedes Gesetz schränkt deren Freiheit ein, Absprachen mit anderen zu treffen. Denn für freiwillige Vereinbarungen zwischen zwei Parteien braucht es keine Regel, außer jener: Keinem Dritten darf daraus ein Schaden entstehen. Das ist ganz einfach durch den Schutz von Freiheit, Leben und Eigentum jedes Einzelnen gewährleistet. Genau darauf soll sich der Staat nach den Vertretern der Österreichischen Schule beschränken.

Wenn es so schwierig ist, den Wert einer Ware herauszufinden, wie soll ein Wirtschaftssystem dann überhaupt funktionieren? So schwer es für eine Planstelle ist, so einfach ist es für den Einzelnen. Er hat im Laden eine schlichte Entscheidung zu treffen. Er sieht den Preis, weiß, wie viel Geld er zur Verfügung hat, und entscheidet, ob ihm das Produkt wert ist, was es kostet. Er muss nicht wissen, unter welchen Umständen und mit welchem Mitteleinsatz das Produkt produziert wurde, diejenigen Unternehmen, die es effizient produzieren und mit Gewinn verkaufen, überleben. Die Firmen, die das nicht tun, scheiden aus dem Wettbewerb aus. Wie von „unsichtbarer Hand“ gesteuert, entsteht so auf geradezu wundersame Weise eine Ordnung, in der jeder im Verhältnis zu seinen subjektiven Bedürfnissen bestmöglich befriedigt wird. Der „Vater der Wirtschaftswissenschaften“, Adam Smith (1723–1790), hatte dies schon im 18. Jahrhundert erkannt.

Seltsamerweise entging ihm, wie fast allen folgenden Ökonomen, dass dieses simple Prinzip erst recht auf den Geldmarkt anzuwenden ist. Die meisten betrachten Geld als reine Recheneinheit, es spielt in ihrem Modell keine andere Rolle. In Wirklichkeit ist Geld eine Ware wie jede andere auch und als solche den ökonomischen Gesetzen von Angebot und Nachfrage unterworfen. Sobald eine zentrale Planstelle diesen Mechanismus stört, kommt es zu Problemen.

Der Zins als Preis für das Geld ist in Wirklichkeit der wichtigste Preis in einer Marktwirtschaft. Ist es noch relativ harmlos, den Preis etwa von Gummibärchen oder Glühlampen festzusetzen, betrifft eine Regulierung des Zinses alle Märkte, auch den für Gummibärchen. Der Zins zeigt an, wie sehr die Menschen auch sparen. Wird viel gespart, sinkt der Zins und Investitionen werden rentabler.

In unserem Geldsystem bestimmt die Zentralbank den Zins. Ihr wurde vom Staat das Monopol übertragen, Geld anzubieten. Zwar findet die Geldschöpfung überwiegend in den privaten Geschäftsbanken statt, aber nur so weit, wie es die Zentralbank zulässt, denn sie legt die Mindestreservesätze fest, welche Geschäftsbanken als Prozentsatz der Einlagen an die Zentralbank abführen müssen. Läge der Satz bei 100 Prozent, könnten die Geschäftsbanken gar kein eigenes Geld schöpfen. Er liegt aber derzeit in Europa nur etwa bei zwei Prozent. Das bedeutet, dass die Geschäftsbanken praktisch ungebremst Giralgeld schöpfen können.

Es ist ein weitverbreiteter Irrglaube, dass Banken nur dasjenige Geld verleihen, das ihnen Sparer zur Verfügung stellen. Ganz im Gegenteil, erzeugen sie Geld buchstäblich aus dem Nichts – einfach per Buchung: In dem Moment, wo sie einen Kredit vergibt, bucht die Bank kurzerhand „Sichteinlagen an Kreditkonto“. Auf dem Kontokorrent erscheint die Summe, die der Kunde abheben kann, und ein entsprechender Gegenposten auf dem Konto. Der Kredit steht auf der Aktivseite der Bankbilanz als Forderung und die Sichteinlage auf der

Passivseite als Verbindlichkeit. Die Bilanz ist so wieder ausgeglichen und wird nur „verlängert“. Das grenzt an Zauberei oder, so die Vertreter der Österreichischen Schule, sogar an Betrug, denn dem Kunden wird nicht gesagt, dass das Geld auf dem Kontokorrent im Grunde gar nicht existiert. D.h., wenn alle Kunden gleichzeitig abheben wollten, wäre nichts da. Deshalb haben Kreditinstitute so viel Angst vor einem Bank-Run...

Dieser Vorgang wird weder an Schulen unterrichtet noch von den Medien erklärt, sodass der unbedarfte Leser es kaum glauben wird. Daher folgt hier der Beweis aus der Bundesbank-Broschüre „Geld und Geldpolitik“: *„In der Regel gewährt die Geschäftsbank einem Kunden einen Kredit und schreibt ihm den entsprechenden Betrag auf dessen Girokonto gut. Wird dem Kunden ein Kredit über 1000 Euro gewährt (z.B. Laufzeit 5 Jahre, 5%), erhöht sich die Sichteinlage des Kunden auf seinem Girokonto um 1000 Euro. Es ist Giralgeld entstanden bzw. wurden 1000 Euro Giralgeld geschöpft. Die Giralgeldschöpfung ist also ein Buchungsvorgang.“*

In der Schule wird der Vorgang Giralgeldschöpfung so erklärt, dass die Bank den Mindestreservesatz, also derzeit circa zwei Prozent der Einlage eines Kunden, bei der Zentralbank hinterlegt und den Rest verleihen kann. Auch dadurch vervielfacht sich die Geldmenge, weil der Empfänger des Kredits das Geld wiederum auf eine Bank bringen kann, die dann erneut 98 Prozent davon weiterverleihen kann.

Gemeinsam ist beiden Vorgängen: Es wird Geld aus dem Nichts erzeugt, dem keine Ersparnis gegenübersteht. Normalerweise kann nur verliehen werden, was vorher erarbeitet wurde. Da dieser Mechanismus ausgehebelt wird und dazu noch Zinsen auf nicht erarbeitetes Geld gezahlt werden müssen, wachsen die Schulden viel schneller als die Wirtschaft. Irgendwann kommt ein Punkt, an dem die Wirtschaftsleistung nicht mehr ausreicht, die Zinsen zu bedienen. Hinzu kommt, dass durch die ungehemmte Ausdehnung der Geldmenge die Zinsen künstlich niedrig bleiben. Dadurch werden Investitionsprojekte realisiert, die sich bei einem marktwirtschaftlichen, also aus den individuellen Möglichkeiten entstehenden Zins gar nicht gelohnt hätten. Es kommt zu Spekulationsblasen wie der New Economy oder der „Immobilien-Bubble“. Zu allem Überfluss senken die Notenbanken in Krisenzeiten den Zins noch weiter bis auf null, so wie aktuell. Dadurch werden weitere Blasen erzeugt, wie an den steigenden Rohstoff- und Nahrungsmittelpreisen abzulesen ist.

Irgendwann kommt es zum vollständigen Systemcrash, der unvermeidbar ist, wie Ludwig von Mises schon vor hundert Jahren erklärte: *„Das wiederkehrende Auftreten von Boom-Perioden mit nachfolgenden Depressions-Perioden ist das unvermeidliche Ergebnis der ständig wiederholten Versuche, den Marktzins durch Kreditexpansion zu senken. Es gibt keine Möglichkeit, den finalen Zusammenbruch eines Booms zu verhindern, der durch Kreditexpansion erzeugt wurde. Die einzige Alternative lautet: Entweder die Krise entsteht früher durch die freiwillige Beendigung einer Kreditexpansion – oder sie entsteht später als finale und totale Katastrophe für das betreffende Währungssystem.“*

Was wäre die Alternative? Ganz einfach: Wie zu Beginn erklärt, wissen die einzelnen Bürger sehr genau, wie ihre finanziellen Möglichkeiten aussehen. Aus ihren kombinierten Handlungen ergibt sich der richtige Zins. Wenn das Monopol der Zentralbanken abgeschafft würde, könnte also nur so viel Geld verliehen werden, wie vorher erarbeitet wurde. Zusätzlich muss der gesetzliche Annahmezwang für ein bestimmtes Geld abgeschafft

werden. Denn – so besagt das Gresham'sche Gesetz – wenn der Staat ein bestimmtes Geld vorschreibt, verdrängt das schlechte Geld das gute. So mischten früher die Herrscher den Goldmünzen minderwertige Metalle bei. Als die Händler sich weigerten, diese anzunehmen, erließen sie drastische Gesetze, die sie dazu zwangen. Daraufhin gaben die Kunden nur noch die minderwertigen Münzen aus – das schlechte Geld verdrängte das gute, das gehortet wurde, aus dem Umlauf. In ihrer Not verlangten die Händler mehr von den minderwertigen Münzen, was zur Inflation führte, alles wurde teurer. Als die gesetzliche Vorschrift wegfiel, kehrte sich der Prozess um: Die Händler bestanden auf gutem Geld, und das schlechte wurde verdrängt. Ähnlich wäre es heute: Wenn die Händler die Wahl hätten und zudem Edelmetalle beispielsweise nicht besteuert würden, bevorzugten sie ein Zahlungsmittel, das nicht beliebig vermehrbar ist, etwa Gold oder Silber.

Entscheidend ist: Der Staat muss sich aus der Entscheidung heraushalten. Denn egal welches Geld er vorschreibt, beispielsweise zinsloses oder Schwundgeld, wie von den Freiwirtschaftlern gefordert, setzt es die Marktkräfte aus. Das hat zur Folge, dass die Menschen nicht mehr frei entscheiden können. Sie sind auf Gedeih und Verderb den Entscheidungen von zentraler Stelle, Politikern oder Bürokraten, ausgeliefert, die, wie erläutert, aufgrund der Informationsasymmetrie niemals wissen können, was die richtige Geldmenge wäre.

Das Prinzip der Informationsasymmetrie gilt für alle Märkte, auch fürs Gesundheitswesen, von dem die meisten Menschen glauben, es müsse unbedingt in staatliche Hand. Aber wie sieht das staatliche Gesundheitswesen aus? Die Behandlung wird immer teurer, die Versorgung immer schlechter. Ärztemangel, Warteschlangen vor den Praxen, marode Krankenhäuser kennzeichnen das Bild. Eigentlich ist es grotesk. Die Gesundheit ist das wichtigste Gut des Menschen, und ausgerechnet das überlassen wir Politikern, Bürokraten und Lobbyisten, vor allem jenen der Pharmaindustrie, also letztlich einer zentralen Planwirtschaft. Wie sieht es dagegen beispielsweise auf dem Handymarkt aus, in den nicht eingegriffen wird? Gibt es Warteschlangen vor Handyläden, gibt es zu wenig Handys, werden sie immer teurer? Nein, sie werden immer günstiger und leistungsfähiger.

In jedem freien Markt werden alle Waren durch Wettbewerb und technischen Fortschritt billiger und besser. Das ist auch keine gefährliche „Deflation“, wie manche meinen – im Gegenteil: Die Handybranche boomt ebenso wie die Computerbranche. Abzüglich des Anstiegs der Geldmenge werden alle Waren, selbst Rohstoffe, ständig billiger. Im nicht beliebig vermehrbaren Gold gemessen, sinkt der Rohölpreis seit Jahrzehnten, ungeachtet der angeblichen Verknappung. Der langfristige Anstieg (kurzfristig spielt natürlich der Konjunkturzyklus eine Rolle, der aber auch durch die Notenbanken verstärkt wird) ist nur auf die Vermehrung des Papiergeldes zurückzuführen, das in echte Sachwerte fließt. In der Presse werden die jetzt in der Finanzkrise steigenden Nahrungsmittelpreise auf Spekulanten geschoben. Wieso aber sollten diese ausgerechnet in der Krise auf steigende Preise setzen? Nein, das neu gedruckte Geld flüchtet einfach in Sachwerte wie Rohstoffe, Immobilien und Aktien.

Besonders hinterhältig ist, dass diejenigen am meisten unter dem System leiden, die am wenigsten davon verstehen: die Arbeiter. Die Inflation schadet hauptsächlich ihnen, denn das neu in Umlauf gebrachte Geld kommt dort als Letztes an (Cantillon-Effekt). Zuerst

bekommen es die Banken, der Staat und die Konzerne über das Auflegen von Anleihen. Die Unternehmen, besonders die großen mit Marktmacht, können sehr gut mit Preissteigerungen leben. Denn die Löhne werden erstens im Nachhinein erhöht und zweitens in der Regel an die offizielle Inflationsrate angepasst, die viel niedriger als die tatsächliche ist, was jeder beim Einkaufen merkt. Beispielsweise werden im statistischen Warenkorb Güter des täglichen Bedarfs untergewichtet und bei Waren wie Computer, die leistungsfähiger werden, einfach die Preise entsprechend der zusätzlichen Leistung nach unten korrigiert. Warum passiert das? Nun, den Warenkorb stellt der Staat zusammen. Und er will nicht, dass der Bürger merkt, wie er durch die Inflation „ausgeraubt“ wird. Denn die Schulden des Staates entwerten sich durch die Inflation. Zusätzlich nimmt der Staat immer mehr Steuern ein, weil der Steuersatz mit dem nominellen Einkommen steigt (kalte Progression).

Eigentlich müssten die Gewerkschaften gegen dieses perfide Enteignungssystem auf die Barrikaden gehen. Es ist ein großes Rätsel, warum sie das nicht tun. Neben Unkenntnis der Zusammenhänge wäre ein weiterer Grund denkbar: Die Gewerkschaftsbosse leben ganz gut mit dem System. Sie sitzen, zumindest in Deutschland, hoch dotiert in den Aufsichtsräten der Unternehmen – man denke nur an den VW-Skandal. Vor ihren Mitgliedern aber können sie sich brüsten, in den Tarifverhandlungen Lohnerhöhungen herausgeschlagen zu haben, die in Wirklichkeit reale Lohnsenkungen sind. Gäbe es kein Papiergeld und damit keine Inflation, verlören sie ihre Daseinsberechtigung. Die realen Löhne würden durch den technischen Produktivitätsfortschritt automatisch steigen, um etwa drei Prozent pro Jahr. Denn wenn eine erhöhte Produktion auf eine annähernd gleichbleibende Geldmenge trifft – wir erinnern uns, Menschen würden automatisch stabiles Geld wählen –, sinken die Preise, und die Menge dessen, was sich die Arbeiter kaufen können, steigt.

Die Gewerkschaften müssten auch gegen das staatliche Gesundheitswesen protestieren. Denn während Selbstständige sich privat, wenn auch gegängelt durch zahlreiche Gesetze, versichern können, dürfen Arbeiter, die zu wenig verdienen, das nicht. Was machen die Gewerkschaften? Sie gehen dafür auf die Straße, dass auch die Selbstständigen in das marode, staatliche System einzahlen müssen!

Den Arbeitern ist zudem nicht bewusst, wie viel der Staat ihnen sozusagen abzieht, denn auf dem Lohnzettel ist der Arbeitgeberanteil nicht ausgewiesen. Der stünde aber im Grunde ihnen zu, schließlich war ihre Arbeit dem Unternehmer das gesamte Bruttogehalt wert, und dem Arbeitgeber ist es egal, wem er das Geld auszahlt. Über alle Steuern und Abgaben inklusive Verbrauchssteuern zieht der Staat dem Arbeitnehmer zwei Drittel ab. Ohne diese Abzüge könnte er also netto das Dreifache verdienen und sich selbst komfortabel privat und wegen des Wettbewerbs auch günstiger absichern. In Wirklichkeit ist die Marktwirtschaft nicht für Unternehmen da, die Wettbewerb eigentlich hassen, sondern für die Kunden, also alle Bürger. Millionen von Unternehmen konkurrieren darum, die Bedürfnisse der Bürger möglichst gut und günstig zu befriedigen. Viele Bürger verstehen das nicht, weil es ihnen staatliche Einrichtungen natürlich nicht erklären. Das ist eine besonders tragische Form von Informationsineffizienz.